

Über die Rechtsaufsichtsbehörde und die Landesdirektion  
an das Sächsische Staatsministerium der Finanzen  
Carolaplatz 1  
01097 Dresden

Ort, den  
Fernsprecher  
Aktenzeichen  
 Zutreffendes bitte ankreuzen

## Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 SächsFAG
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 2 SächsFAG

### I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 SächsFAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

### II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes .....
- des Nachtragshaushaltsplanes .....
- der Jahresrechnung .....

am .....

a) Allgemeine Kennziffern

	TEUR	EUR/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- u. Beteiligungsgesellschaften <sup>1</sup>		***
	TEUR	EUR/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag		
b) 31. Dezember des Jahres, in dem der Fehlbetrag ent-		
standen ist (ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

1. Grundsteuer A in Prozent .....
2. Grundsteuer B in Prozent .....
3. Gewerbesteuer in Prozent .....

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs-Nr. laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001,002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, und ähnliches	10-15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzaufweisungen	041		
Kreisumlage <sup>2</sup>	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./899		
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970-977 990		

<sup>1</sup> Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf  
<sup>2</sup> nur Landratsämter

**III. Kosten eines Gutachtens**

- a) Kosten des Gutachtens laut Angebot ..... EUR
- b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin ...../.....

**IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung:** ..... EUR

**V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage .....:**

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: ..... EUR
2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: ..... EUR

**VI. Höhe der beantragten Zuweisung:** ..... EUR

**VII. Fördermittel für kommunale Investitionen** (ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt ..... EUR
2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) ..... EUR
3. In Anspruch genommene Fördermittel ..... EUR

**VIII. Begründung des Antrages**

einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung  
(Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)

**IX. Sonstige Erläuterungen**

**XI. Erklärung des Antragstellers**

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

---

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises ..... vom .....

**Übersicht zum allgemeinen Rücklagenbestand (in EUR):**

**Haushaltsjahr:** .....

Position	Bestand zum 1. Januar des Haus- haltsjahres	Geplante Entnahme im Haushaltsjahr	voraussichtlicher Bestand zum 31. Dezember des Haushaltsjahres	Zweck der Entnahme
Allgemeine Rücklage	.....	.....	.....	.....
davon <sup>1</sup> :				
investive Schlüsselzuweisungen	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....

Mindestrücklage gemäß § 20 Abs. 2 KomHVO: ..... EUR

<sup>1</sup> Die Summe der Davon-Positionen muss den allgemeinen Rücklagenbestand ergeben.

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises ..... vom .....

**Übersicht zum Schuldenstand (in EUR):****Haushaltsjahr:** .....

Position	Bestand zum 1. Januar des Haushaltsjahres	genehmigte Kreditaufnahme im Haushaltsjahr	geplante Tilgung im Haushaltsjahr	voraussichtlicher Bestand zum 31. Dezember des Haushalts- jahres	Zweck der Kre- ditaufnahme
Schulden am Kreditmarkt	.....	.....	.....	.....	.....
Sonstige Kreditschulden <sup>1</sup>	.....	.....	.....	.....	.....
kreditähnliche Rechtsgeschäfte	.....	.....	.....	.....	.....
Bürgschaften	.....	.....	.....	.....	.....
Kassenkredit	.....	Genehmigt/ Genehmigungs- frei	Inanspruchnah- me zum An- tragsstichtag	.....	.....

---

<sup>1</sup> bitte aufgliedern

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises ..... vom .....

**Übersicht zu den materiellen und immateriellen kommunalen Vermögenswerten<sup>1</sup>:**

**Stichtag:** .....

Position	Anlagevermögen in EUR	zur pflichtigen Aufgabenerfüllung benötigt <sup>2</sup>
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

<sup>1</sup> Zu den Vermögenswerten gehören neben beweglichem und unbeweglichem Vermögen auch Aktien, Fonds sowie andere Formen der Vermögensbildung und Beteiligungen. Für unbewegliche und bewegliche Sachen und grundstücksgleiche Rechte genügt eine Auflistung gemäß § 39 KomHVO ohne Wertangaben, soweit eine Wertermittlung nicht vorliegt.

<sup>2</sup> bitte begründen

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises ..... vom .....

**Übersicht zu Gebühren, Beiträgen und Entgelten für das Haushaltsjahr .....**

Position	Kosten des vergan- genen Jahres	Bemessungs- grundlage	mögliche(s) Gebühr/Entgelt	tatsächliche(s) Ge- bühr/Entgelt
	in EUR		in EUR	in EUR
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....	.....

**Trägerschaft der Kindertageseinrichtung: .....**

Einrichtungsart	durchschnittliche Kinderzahl unter Berücksichtigung der Betreuungszeit (§ 12 Abs. 2 SächsKitaG) im Haushaltsjahr	Pädagogische Fachkräfte		Abweichung
		Soll gemäß § 12 Abs. 2 SächsKitaG	Ist	
Kinderkrippe				
Kindergarten				
Hort				
Leitung der Kita	entfällt			

**Finanzierung der Kindertageseinrichtung: .....**

Einrichtungsart	Betriebskosten gemäß § 14 Abs. 2 SächsKitaG	davon Gemein- deanteil ein- schließlich Lan- deszuschuss	davon Elternbeiträge		davon Eigenan- teil des Trägers
			Ist gemäß § 15 Abs. 2 SächsKitaG	Ist	
	EUR		Prozent		EUR
Kinderkrippe					
Kindergarten					
Hort					

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an  
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den  
Fernsprecher  
Aktenzeichen

**Antrag  
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung  
zur Förderung der Einstellung von Studenten und Absolventen des gehobenen Dienstes der  
Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 3 SächsFAG**

**I. Antragsteller**

Name, Bezeichnung
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)

**II. Bezeichnung der Studenten** (Angaben aus den Unterlagen, die dem Antrag als Anlage beigelegt sind)

(Liste der Studenten als Anlage)
Bezeichnung des Studiengangs
voraussichtliche Dauer des Studiums vom ..... bis zum .....

**III. Höhe der Bedarfszuweisung** (listenmäßige Darstellung als Anlage zum Antrag)

Festbetragsfinanzierung je Student im Studienjahrgang 2009: Festbetrag: 7 600 EUR      Anzahl der Studenten: _____ x 3 Jahre = Gesamtbetrag: _____ EUR
Festbetragsfinanzierung je Student im Studienjahrgang 2010: Festbetrag: 7 600 EUR      Anzahl der Studenten: _____ x 3 Jahre = Gesamtbetrag: _____ EUR

#### **IV. Erklärung des Antragstellers**

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.
- c) Dem Antragsteller ist bekannt, dass der Wegfall subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich der zuständigen Landesdirektion mitzuteilen ist.

---

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

#### **Hinweis:**

Es wird auf die Bestimmungen gemäß Ziffer III Nr. 4 Buchst. d der VwV Bedarfszuweisungen aufmerksam gemacht. Für den Fall der Bewilligung bleibt die Rückforderung eines Anteils der Fördersumme vorbehalten. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Beschäftigungsverhältnisse mit den Absolventen derart vertraglich auszugestalten, dass bei diesen eine entsprechende Rückforderung möglich bleibt.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde und die Landesdirektion  
an das Sächsische Staatsministerium der Finanzen  
Carolaplatz 1  
01097 Dresden

Ort, den  
Fernsprecher  
Aktenzeichen  
 Zutreffendes bitte ankreuzen

**Antrag**  
**auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Förderung eines freiwilligen**  
**Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 SächsFAG**

**I. Antragsteller**

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 SächsFAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

**II. Höhe der beantragten Zuweisung:** ..... EUR

**III. Begründung des Antrages<sup>1</sup>**  
(gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

---

<sup>1</sup> nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 SächsFAG

#### **IV. Erklärung des Antragstellers**

- a) Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

#### **V. Anlagen**

- Urkunde über den freiwilligen Gemeindezusammenschluss
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Entwurf des Haushaltsplanes der neuen Einheitsgemeinde<sup>1</sup>

---

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

---

<sup>1</sup> nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 SächsFAG